

Übersichten

Außenpolitik

*(1)

Wieder kein Schuldbekenntnis! Empörung über Japans Entschließung zum Kriegsende vor 50 Jahren

Am 9. Juni erließ das japanische Unterhaus nach monatelangem Tauziehen eine Resolution zum 50. Jahrestag des Kriegsendes in Asien, die sowohl zu Hause als auch im Ausland Empörung hervorgerufen hat.

Schon das Procedere wirkte befremdlich; waren doch der Abstimmung nicht nur die größte Oppositionspartei Shinshinto, sondern auch 69 Abgeordnete der Regierungskoalition (55 Liberaldemokraten und 14 Sozialisten) ferngeblieben. Was die Kommunisten angeht, so stimmten sie gegen die Resolution.

Der sozialistische Ministerpräsident Murayama, der Anfang Mai China besucht und dabei Bedauern bekundet hatte (Näheres dazu C.a., Mai 1995, Ü 3), gab auch bei der Abstimmungsdebatte erneut eine persönliche Erklärung ab, in der er den "Opfern im In- und Ausland" sein "tiefes Beileid" aussprach und "aus tiefer Reue gegenüber der Vergangenheit" gelobte, sich "mit aller Kraft für den Weltfrieden" einzusetzen.

In der von Murayama mit der Drohung des Koalitionsbruchs am Ende doch noch erzwungenen Resolution wurden Japans Eroberungskrieg gegen China und die Länder Südostasiens sowie die Annexion Koreas und Taiwans nicht direkt angesprochen, sondern als weltweite Erscheinungen von Aggression und Kolonialherrschaft der neueren Geschichte relativiert. Es wurde lediglich anerkannt, daß Japan in der Vergangenheit ebenfalls "solche Handlungen begangen" und "anderen, besonders asiatischen Völkern" viel Leid zugefügt habe, was man tief bedaure.

Parlamentsentschließungen werden in Japan traditionell einstimmig gefaßt. Um so befremdlicher war das Fernblei-

ben Hunderter von Abgeordneter. Nach Zeitungsberichten hat es in den vergangenen 24 Jahren keinen vergleichbaren Boykott von Abstimmungen über Gesetzesentwürfe oder Deklarationen gleichen Ausmaßes gegeben.

Die größte Oppositionspartei, nämlich die erwähnte Shinshinto ("Neue Aufbaupartei"), begründete ihren Boykott offiziell mit der "undemokratischen" Vorgehensweise, mit der die Regierungskoalition dem Unterhaus eine so hochsensible Stellungnahme habe aufzwingen wollen.

Beobachter in Tokyo haben die Verweigerung der Shinshinto allerdings weniger mit deren ehrenhaften Motiven in Zusammenhang gebracht, sondern haben sie als durchsichtiges parteipolitisches Manöver entlarven können. Als Gegenleistung für ihre Zustimmung hatte die Shinshinto nämlich verlangt, daß auf die Verfolgung zweier ehemaliger Fraktionsmitglieder verzichtet werde, die sich am Bankrott einiger Genossenschaftsbanken bereichert hätten. Als die Regierungskoalition sich auf dieses skandalöse Ansinnen nicht einließ, habe Shinshinto ihre Taktik geändert und (unannehmbare) Umformulierungen bei der "Entschließung zum Kriegsende" verlangt.

Die Folge der so lau formulierten Resolution war ein Aufschrei der Empörung in ganz Asien - von Korea (dazu IHT, 14.6.95) bis nach Indonesien.

China brachte in der parteioffiziellen Zeitschrift *Qiushi* ("Wahrheitssuche"), die vom ZK der KPCh herausgegeben wird und alle 14 Tage erscheint, am 1. Juli einen Gedenkartikel, der nochmals auf das ganze Ausmaß des japanischen "Aggressionskriegs" hinweist. China habe diesen Krieg mit 35 Millionen Toten bezahlen müssen. Jahrelang hätten die Invasoren nach der Parole "Alles niederbrennen, alles töten, alles ausrauben" Massaker unter der Zivilbevölkerung verübt und in der nordostchinesischen Provinz Heilongjiang an den Menschen medizinische Experimente durchgeführt. In der damaligen Hauptstadt Nanjing hätten sie nach der Eroberung am 13. Dezember 1937 in

einem monatelangen Massaker 300.000 Einwohner getötet und ein Drittel der Stadt niedergebrannt. 20.000 Einwohnerinnen Nanjings seien damals von japanischen Soldaten vergewaltigt worden. Darüber hinaus wurden 467 chinesische Städte und Landkreise vom Krieg überzogen. 16 chinesische Provinzen seien bombardiert worden. Die Verluste an Eigentum beliefen sich auf rd. 31,3 Mrd. US\$ nach Preisen vom Juli 1937. Nach Feststellungen des *Chinesischen Weißbuchs über Menschenrechte*, das im Oktober 1991 erschienen war, wurden die Verluste neu festgesetzt, und zwar auf 562 Mrd. US\$: Schäden in Höhe von 62 Mrd. seien dabei durch direkte und 500 Mrd. durch indirekte Kriegseinwirkungen verursacht worden.

Auch andere asiatische Länder hätten gewaltige wirtschaftliche Einbußen erleiden müssen. Allein die Chinesen in Hongkong sowie die Überseechinesen auf den Philippinen, in Birma und Singapur seien mit insgesamt 628 Mio. US\$ geschädigt worden.

Wie könne angesichts solcher Zahlen irgendjemand noch behaupten, daß der Krieg den asiatischen Völkern ursprünglich eigentlich "Befreiung" und "Prosperität" habe bringen sollen!? Genau solche Aussagen aber ließen sich heute überall antreffen: So sei beispielsweise in den japanischen Schulbüchern für Grund- und Mittelschulen 1982 der Begriff "Aggression" in "Einreise und Ausreise" umgewandelt worden, und auch das "Nanjing-Massaker" wurde hier lediglich als Folge des Widerstands der chinesischen Verteidiger dargestellt. Darüber hinaus hätten zahlreiche japanische Wissenschaftler niemals damit aufgehört, die Angriffskriege des japanischen Militarismus als "gerechtfertigte Verteidigung" und als Hilfe Japans für Asien dargestellt: Japan habe mit seinen militärischen Aktionen lediglich die westlichen Kolonialmächte von weiteren Aggressionen abhalten und die asiatischen Völker schützen wollen, heißt es in Darstellungen dieser Art. Im April 1988 habe Seisuko Okuno, ein Mitglied des Takeshita-Kabinetts, behauptet, daß "Japan niemals ein Aggressor" gewesen, daß es vielmehr "durch die Umstände gezwungen worden war, sein eigenes Land zu verteidigen". Der Minister hatte für diese Bemerkung später freilich seinen Hut nehmen müssen. Im Oktober 1990 habe der Transportminister Shintaro Ishihara behauptet, daß das "Nanjing-Massaker" von den Chinesen erfunden worden sei, um die Japaner Gesicht verlieren zu las-

sen. Im Mai 1994 stellte der Justizminister Nagano Shigeto, ein Mitglied des Hata-Kabinetts, die Behauptung auf, daß es "falsch sei, den pazifischen Krieg als einen Aggressionskrieg zu bezeichnen". Japan habe lediglich die "Befreiung der Kolonien" angestrebt und beabsichtigt, zu diesem Zweck die "Großasiatische Wohlstandssphäre" aufzurichten.

In dem Artikel werden sodann die einzelnen Eroberungsschritte der Japaner dargelegt und anschließend Schlußfolgerungen gezogen, die in folgende Kernsätze eingingen: "Ihrem ganzen Charakter nach war die Neue Ordnung darauf gerichtet, ganz China in eine Kolonie unter direkter Kontrolle Japans zu verwandeln." Als am 26. Juli 1940 der Entschluß zu einer "Großasiatischen Wohlstandssphäre" gefaßt wurde, sei dies nichts anderes gewesen als die Absicht, nach dem Vorbild der deutschen Faschisten nun auch in Ostasien eine "Neue Ordnung" einzuführen. Am Ende sollten ganz Ostasien, Südostasien und die südwestpazifischen Länder in ein japanisch beherrschtes Kolonialgebiet verwandelt werden. Diesem Zweck habe auch die Einrichtung eines "Ministeriums für Großostasien" sowie die Einsetzung von "Lakaienregimen" in den verschiedenen asiatischen Ländern dienen sollen. (XNA, 22.6.95)

An anderer Stelle (XNA, 16.6.95) weist die chinesische Seite darauf hin, daß Japan, anders als Deutschland, seine Kriegsverbrechen nie eingestanden habe. Deutschland habe sich seit den 60er Jahren immer wieder klar zu seiner Verantwortung bekannt und die Nazi-verbrechen wiederholte Male verurteilt. 1970 beispielsweise habe der damalige Kanzler Willi Brandt einen Kniefall vor dem Mahnmahl im Warschauer Ghetto als Ausdruck von Reue vollzogen. 1980 habe der damalige Präsident Richard von Weizsäcker eine mittlerweile weitbekannte Rede über die Verantwortung der Naziverbrechen gehalten. Im Mai 1994 habe der Bundestag ein Gesetz verabschiedet, das die Leugnung des Holocaust zu einem Straftatbestand erklärte. Während seines jüngsten Besuchs in Israel habe Bundeskanzler Helmut Kohl erneut Bekundungen zur deutschen Verantwortung abgegeben und darauf hingewiesen, daß das deutsche Volk niemals die Verbrechen vergessen werde, die vom NS-Regime im Namen des deutschen Volkes begangen worden seien.

Warum benehmen sich die Japaner, die im Zweiten Weltkrieg ja ein ähnliches Schicksal erlitten haben wie die Deutschen, so ganz anders? Zwei Gründe werden dafür angeführt: Erstens seien die "japanischen Militaristen", die sich 1945 ergaben, von den USA aus "Gründen eigener Art" fast durchwegs milde behandelt worden. Einer der schlimmsten Kriegsverbrecher, Nobusuke Kishi, sei 1957 sogar japanischer Ministerpräsident geworden. Zweitens habe Japan, nachdem es schon Anfang der 70er Jahre zur Wirtschaftsweltmacht Nr. 2 aufgestiegen sei, die Chance genutzt, sich die Zurückhaltung anderer zu erkaufen.

In einem Artikel der IHT (13.6.95) wird die zornige Stimmung der asiatischen Nachbarn mit folgenden Worten treffend wiedergegeben: "Japan is so sorry, except about the war".

China bekämpft das "japanische Vergessen", indem es gerade im Zusammenhang mit dem "50. Jahrestag" unzählige Artikel über die "Kriegsverbrechen" Japans publizierte, in Beijing eine Ausstellung über den "Sieg im Antijapanischen Krieg" eröffnete (XNA, 7.6.95) und in Nanjing mit der zweiten Phase des Aufbaus des dortigen "Nanjing-Massakermuseums" begann. (XNA, 7.6.95) -we-

* (2)

Chinesisch-amerikanische Beziehungen auf einem neuen Tiefpunkt

Am 22. Mai 1995 hatte die US-Regierung dem Präsidenten Taiwans, Li Denghui, die Erlaubnis erteilt, einen "privaten, inoffiziellen Besuch" in den Vereinigten Staaten durchzuführen.

Kaum war die Ankündigung heraus, hagelte es aus Beijing Proteste. Die Taiwanfrage sei eine "Schlüselfrage" in den sino-amerikanischen Beziehungen. Washington habe sich in drei gemeinsamen Kommuniqués dazu verpflichtet, nur die Regierung der Volksrepublik als legitime Vertretung des chinesischen Volkes anzuerkennen. Der angeblich "inoffizielle" und "private" Besuch Li Denghuis sei ein eindeutiger Verstoß gegen diese Abmachungen und ein "Akt von Perfidie". (XNA, 17.6.95)

Eine weitere Welle von Kritik begann, als Li Denghui am 8. Juni in den USA eintraf. Li war der erste Staatschef der RCh, der die USA seit der diplomati-

schen Anerkennung der Volksrepublik China durch Washington i.J. 1979 besuchen konnte. Erneut empörte sich Beijing über den "Weg der Unabhängigkeit", den Li mit seiner Reise eingeschlagen habe. Er rede mit doppelter Zunge, wenn er öffentlich für eine Wiedervereinigung, privat aber für die Unabhängigkeit eintrete.

Offizieller Anlaß für den Besuch Lis war eine Einladung der Cornell-Universität, wo Li 1968 promoviert worden war.

Bei seiner Visite wurde Li von zahlreichen US-Senatoren begrüßt. Sein Besuch in den USA sei längst überfällig, sagte z.B. Senator Frank Murkowski aus Alaska, der Li am Flughafen von Syracuse empfing. Der Republikaner Jesse Helms, Senator von North Carolina und Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Senat, gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß Li bald auch in Washington empfangen werde. Begeistert willkommen geheißen wurde Li vor allem in Kalifornien, wo zahlreiche amerikanische Chinesen auf ihn warteten, wo er aber auch vom kalifornischen Gouverneur Wilson empfangen wurde, der Taiwan Unterstützung in seinem Bemühen um Beitritt zur WTO zusagte. Derzeit besitzt Taiwan bei dieser Organisation lediglich Beobachterstatus.

Beijing reagierte erneut höchst gereizt und drohte der US-Regierung zusätzliche Sanktionen an, die u.a. den Handel zwischen China und den USA betreffen könnten. Die meisten Amerikaner nahmen diese Drohung allerdings nicht besonders ernst, da der eigentliche Profiteur im bilateralen Geschäft die VRCh ist, die sich mit Boykotten wohl tiefer ins eigene Fleisch als in das der amerikanischen Geschäftswelt schnitte.

Nachdem Beijing einige Tage lang nur mit Worten reagiert und die USA gewarnt hatte, nicht "mit dem Feuer zu spielen", ging es am 17. Juni zu Taten über und rief demonstrativ seinen Botschafter aus den USA "zur Berichterstattung" nach Beijing. Gleichzeitig wurde das mühsam angebahnte Treffen zwischen der VRCh-"Vereinigung für die Beziehungen über die Taiwanstraße" ("Arats") und der taiwanesischen "Stiftung für den Austausch über die Taiwanstraße" ("Sef") auf unbestimmte Zeit verschoben.

Ein Sprecher des amerikanischen Außenministeriums äußerte über die Rückberufung des Botschafters "großes Be-

dauern" und wies darauf hin, daß Washington weiterhin ein "konstruktives Verhältnis mit einem starken, stabilen und offenen China" aufrechterhalten wolle, und übrigen auch bei der Anerkennung der VRCh als einziger Vertretung des chinesischen Volkes bleibe.

Am 19. Juni wurde der 57jährige Wu Hongda ("Harry Wu"), der in der VRCh 19 Jahre lang inhaftiert gewesen war und u.a. eine Dokumentation über chinesische Arbeitslager publiziert hatte, bei seiner Einreise an der Grenze von Kasachstan nach China verhaftet, und zwar mit der Begründung, daß er bei einem früheren Besuch im April und Mai 1994 "ohne Genehmigung" Sperrgebiete und verbotene Organisationen in China besucht und damit gegen Vorschriften für die Ein- und Ausreise von Ausländern verstoßen habe. Wu hatte sich damals mit der Journalistin Sue Lloyd-Roberts in einem Krankenhaus in Chengdu als potentieller Kunde für den Kauf einer Niere ausgegeben. Eine damals entstandene TV-Dokumentation über den Handel von Organen Hingerichteter hatte Beijing als "Fälschung" bezeichnet.

Die Verhaftung Wus erregte vor allem deshalb Aufmerksamkeit, weil dieser mittlerweile amerikanischer Staatsbürger geworden war - und seine Verhaftung deshalb u.a. auch in den Kontext mit der Verärgerung Chinas über den Li Denghui-Besuch gebracht werden konnte.

Die Reaktionen Beijings lösten vor allem beim US-Kongreß Empörung aus. Am 8. Juni verabschiedete das U.S. House of Representatives den "U.S. Overseas Interest Act" mit einer Mehrheit von 222 gegen 192 Stimmen, der 350 Seiten umfaßt und die US-Regierung auffordert, gegen einige asiatische Staaten, vor allem aber gegen die VR China ernsthafte Maßnahmen zu ergreifen und Entwicklungshilfeleistungen einzuschränken. Gefordert wurde u.a., daß das Verlangen Taiwans nach Unabhängigkeit unterstützt werden solle. Auch in der Tibetfrage müsse Beijing mehr Konzessionsbereitschaft zeigen. Außerdem solle die Regierung bei der demnächst in Beijing stattfindenden UNO-Frauenkonferenz eine kritischere Haltung gegenüber dem Gastgeber einnehmen. (Berichtet in: *Wen Wei Po*, SWB, 16.6.95)

Andererseits stimmte das Repräsentantenhaus am 20. Juni mit überwältigender Mehrheit für die Fortsetzung der Meistbegünstigungsklausel zugunsten Chinas. (XNA, 22.6.95)

Schon wenige Tage vorher hatte auch China wieder Entgegenkommen gezeigt, indem der Staatsrat die Reise einer 12köpfigen Handelsdelegation im Juli und August 1995 in die USA genehmigte. (SCMP, 13.6.95)

Li Denghui hielt sich bei seinen Reden zurück - schon um die Regierung in Washington nicht noch mehr in Verlegenheit zu bringen. Jedes seiner Worte und jeder seiner Besuche wurde freilich von einer Hundertschaft von mitgereisten Journalisten in allen Einzelheiten registriert und jubelnd nach Hause gemeldet. Vor allem die damit zusammenhängende Stärkung des Selbstbewußtseins läßt es wohl gerechtfertigt erscheinen, daß der "private" Li-Besuch als "größter diplomatischer Triumph" Taiwans seit dem Beginn diplomatischer Beziehungen zwischen Washington und Beijing bezeichnet wird. (SCMP, 8.6.95) Li äußerte denn auch die Hoffnung, daß er die USA künftig noch häufig besuchen könne.

Mehrere Male versicherte Washington zwar, daß die Einstellung Lis nichts an der Ein-China-Politik Washingtons ändere; an der Euphorie der taiwanesischen Seite konnte dies jedoch nichts verändern. Man weiß übrigens in Taiwan, wie wichtig auch den Amerikanern die Beziehungen zum Inselstaat sind: Taiwan besitzt 100 Mrd. US\$ Devisenreserven, nimmt als Handelsmacht den 13. Platz in der Welt ein, ist der 6. wichtigste Handelspartner der USA und verfügt über eine hochgebildete Bevölkerung von 21 Millionen Menschen, die dafür gesorgt haben, daß auf der einst höchst autoritär regierten Insel mittlerweile demokratische Verhältnisse eingezogen sind.

Schon in einigen Wochen dürfte es sich zeigen, daß die ganze Aufregung hauptsächlich Theaterdonner war. Letztlich dürfte es dem Beijinger Außenministerium bei seinem Vorgehen um zwei Überlegungen gegangen sein: Erstens nämlich sollten andere Staaten abgeschreckt werden, sich ähnlich zu verhalten wie die USA, und zweitens sieht sich das Außenministerium erneut von seinem "Erzfeind", nämlich dem Militär angegriffen, das in den vergangenen Monaten Außenminister Qian Qichen wiederholt aufs Korn genommen hat, wobei vor allem die "allzu amerikanfreundliche" Politik des Außenministeriums im Zentrum stand.

(Siehe auch Übersicht "Durchbruch in der 'privaten' Reisediplomatie ..." unter Taiwan.) -we-

*(3)

Li Ruihuan in Lateinamerika

Vom 9. bis 30. Juni 1995 führte Li Ruihuan, Politbüromitglied und Vorsitzender der Chinesischen Politischen Konsultativkonferenz, eine Mammuttour in Lateinamerika durch, wo er vier Länder (Kuba, Jamaika, Brasilien und Chile) besuchte.

Schwerpunkt der Reise - und erste Station - war Kuba, wo Li darauf hinwies, daß beide Seiten nach wie vor in enger Verbindung miteinander stünden: Erst im November 1993 habe Präsident Jiang Zemin den Inselstaat besucht, und seitdem sei es zu einem intensiven politischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Austausch gekommen. (XNA, 14.6.95)

Beim Zusammentreffen mit Castro war Li in seinem Element: Beide zogen vor allem gegen Neokolonialismus und Hegemonismus vom Leder.

In Jamaika betrat Li zentralamerikanischen Boden - und damit ein Gebiet, in dem Taiwan immer noch seine stärksten Bastionen hat. Kein Wunder, daß er hier auch zahlreiche Erklärungen über die Taiwanpolitik Beijings abgab.

Zufrieden äußerte sich der Gast über die ständige Zunahme des sino-lateinamerikanischen Handels. 1994 war das gesamte Handelsvolumen zwischen diesen beiden Seiten auf 4,7 Mrd. US\$ angestiegen und hatte damit allein gegenüber 1993 einen Zuwachs von 26,8% erfahren. Damit bestreitet der Lateinamerika-Handel 6% des chinesischen Außenhandelsumsatzes.

Während China gegenüber den lateinamerikanischen Ländern seit einem Vierteljahrhundert immer Defizite aufzuweisen hatte, erzielte es 1994 zum ersten Mal nach 25 Jahren einen Handelsüberschuß von 200 Mio. US\$. Brasilien, Panama, Argentinien, Chile und Peru seien inzwischen, wie es heißt, zu "heißen Punkten" des chinesischen Außenhandels geworden. China führt das schnell ansteigende Volumen auf die Bemühungen der Regierungen, aber auch auf das schnelle Wachstum der Volkswirtschaft auf beiden Seiten des Pazifik hin, nicht zuletzt aber auf den günstigen "Exportmix" der Volksrepublik. Früher hatte die Volksrepublik eher Textilien, Kleidung und Leichtindustrieerzeugnisse ausgeführt, inzwischen aber sind es medizinische und chemische Rohmaterialien, Automobile,

Traktoren, Elektromotoren und Werkzeugmaschinen, die den traditionellen Gütern zur Seite getreten sind. (XNA, 10.6.95) -we-

*(4)

Keine Waffen an Ruanda

Anfang Juni brachte die amerikanische Menschenrechtskommission "The Human Rights Watch" einen Bericht heraus, in dem behauptet wird, daß China den früheren Regierungstreitkräften und Milizen von Ruanda Waffenhilfe gewähre.

Das chinesische Außenministerium nahm diesen Bericht so ernst, daß es sofort reagierte und noch am 1. Juni eine Erklärung herausgab, derzufolge es sich hier um "reine Erfindungen" mit durchsichtigem Hintergrund handle: Den Autoren gehe es offensichtlich um eine Unterminierung der Freundschaft zwischen China und Ruanda. (XNA, 2.6.95)

Die Regierung der VR China war über Behauptungen dieser Art um so mehr erbost, als sie vor allem im Rahmen der OAU immer wieder für eine Schlichtung zwischen den afrikanischen Ländern eingetreten war und dort als "Freund" gelten möchte - eine Erwartung, der viele Afrikaner genügen, so nicht zuletzt der Generalsekretär der OAU, Salim Ahmed Salim, der der VR China vom 24. bis 26. Juni einen Besuch abstattete. (XNA, 25. und 27.6.95) -we-

*(5)

Anhörung zur Tibetfrage in Bonn

Am 19. Juni fand vor dem Bundestag-Unterausschuß für Menschenrechte und humanitäre Hilfe in Bonn eine Anhörung zur Tibetfrage statt, bei der auch der Dalai Lama auftrat. Die Zeit werde knapp, führte der Dalai Lama aus. Das tibetische Volk und seine alte Kultur gingen der Vernichtung entgegen, wenn nicht bald etwas geschehe. Er strebe nicht, wie Beijing immer wieder fälschlicherweise behaupte, die Unabhängigkeit Tibets von China an; vielmehr verlange er die Verwirklichung der "Autonomie" Tibets, wie sie ja offiziell auch in der chinesischen Verfassung vorgesehen sei, in der Verfassungswirklichkeit aber nicht umgesetzt werde. Er wünsche, mit Beijing Gespräche über eine Autonomie in Tibet zu führen.

Viele Regierungen schlossen sich leider den Formulierungen der VR China an und behaupteten, Tibet sei ein Bestandteil Chinas. Die Regierungen in Indien und Großbritannien setzten dagegen einen etwas korrekteren Akzent, indem sie davon sprächen, daß Tibet eine "Autonome Region innerhalb der Volksrepublik China" sei. Er, der Dalai Lama, sei zwar zuversichtlich, daß die Wirtschaftsreformen in China langfristig auch politische Änderungen herbeiführten, doch müsse dies nicht unbedingt auch den Tibetern zugute kommen. Ausländische Investoren sollten deshalb stets darauf achten, daß Tibeter eine bessere Ausbildung erhielten. Bisher hätten größere Entwicklungsprojekte in Tibet leider noch allemal dazu geführt, daß noch mehr Chinesen in das Gebiet eingewandert seien. Diese Immigration werde von der Regierung Chinas systematisch gefördert. So würden beispielsweise Soldaten, die ihren Wehrdienst in Tibet abgeleistet haben, gemäß einem Erlaß der Militärkommission beim ZK von 1993 dazu "ermuntert", ihre Familien nach Tibet zu holen und sich dort für immer niederzulassen.

Der Dalai Lama betonte, daß eine Lösung der Tibetfrage nach seiner Überzeugung nur gewaltfrei auf dem Wege von Verhandlungen mit Chinas Regierung erreicht werden könne. Leider aber weigere sich Beijing, solche Gespräche zu führen. Ermutigend für ihn sei allerdings, daß es innerhalb der Führung in Beijing auch Befürworter eines gemäßigeren Kurses in der Tibetfrage gebe.

Er, der Dalai Lama, bitte den Bundestag um eine Vermittlerrolle bei der Einfädelung von Gesprächen zwischen ihm und der chinesischen Regierung.

Bei dem Hearing übten Mitglieder der Oppositionsparteien Kritik an der Bundesregierung.

Der Beauftragte für Asienpolitik im Auswärtigen Amt, Lewalter, hielt diesen Einwänden entgegen, daß die deutsche Regierung alles tue, was in ihren Möglichkeiten stehe. U.a. müsse auch eingeräumt werden, daß die chinesische Regierung sich nicht ohne Erfolg um die Entwicklung Tibets bemühe. Die Bundesregierung verfüge im übrigen wegen der eingeschränkten Reisemöglichkeiten ihrer Diplomaten nicht über ausreichende Informationen. Berichte von Menschenrechtsorganisationen würden zwar aufmerksam studiert, die darin enthaltenen Angaben könnten aber nur selten hinreichend geprüft werden.

Daher könne auch nicht davon die Rede sein, daß die Bundesregierung die Menschenrechtslage in China oder in Tibet verharmlose. Feststellbar sei zwar eine verstärkte Zuwanderung von Chinesen nach Tibet; doch könne man parallele Entwicklungen auch in anderen Teilen der Volksrepublik beobachten. Eine systematische Ansiedlung lasse sich nicht bestätigen. Die meisten Zuwanderer seien wohl ohne offizielle "Anregung" nach Tibet gekommen. Vergleiche man im übrigen die heutigen Entwicklungen mit den Zuständen von 1959 (als die chinesische Armee einen Aufstandsversuch der Tibeter blutig niederschlug), so seien durchaus Verbesserungen festzustellen.

Der Ausschußvorsitzende, der CDU-Abgeordnete Schwarz-Schilling, brachte in seinen abschließenden Bemerkungen die Hoffnung zum Ausdruck, daß die Ergebnisse der Anhörung zu konkreten Empfehlungen des Parlaments an die Bundesregierung führen mögen. Es müsse etwas geschehen auf dem Dach der Welt, damit Tibet und seine Kultur nicht eines Tages nur noch als Fußnote in den Geschichtsbüchern auftauche. (FAZ, NZZ, SZ und SCMP, 20.6.95)

Der Dalai Lama war von offiziellen deutschen Stellen schon mehrere Male empfangen worden, nämlich 1990 vom damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker, 1994 von der Präsidentin des Bundestags, Rita Süßmuth, und im Mai 1995 auch von Außenminister Kinkel. (Dazu C.a., April 1995, Ü 3)

Die chinesische Botschaft hatte bei all diesen Anlässen zwar protestiert, aber leise und zurückhaltend. -we-

*(6)

Skandinavienbesuch

Mitte Juni 1995 trat der Stellvertretende Ministerpräsident Li Lanqing einen Besuch Nordeuropas an, der ihn durch die Länder Finnland, Norwegen, Island und Schweden führte.

Bei den "Nordischen Staaten" (Schweden, Finnland, Norwegen, Dänemark und Island) handle es sich zwar um kleine Länder, die aber wirtschaftlich, technologisch und in Fragen des Managements an der Weltspitze stünden. Gegenwärtig gebe es 260 Joint Ventures aus diesen Ländern in China, darunter mit dem schwedischen Giganten Ericsson, ABB und Volvo.

Das Handelsvolumen zwischen China und Schweden habe sich 1993 auf 990 Mio.US\$ belaufen (= +43,7% gegenüber dem Vorjahr) und auf 1,3 Mrd.US\$ i.J. 1994 (= +33,7%). Schweden hat sich damit zum größten Handelspartner Chinas in Nordeuropa entwickelt (= 40% des Handelsaustausches). Der chinesisch-finnische Handel belief sich 1993 auf 420 Mio. und 1994 auf 603 Mio.US\$, der chinesisch-norwegische Handel auf 307 Mio.US\$ i.J. 1994. (XNA, 13.6.95) China exportiert nach Nordeuropa hauptsächlich Textilien, Leichtindustriegüter, Nahrungsmittel und Handwerksartikel und bezieht von dort Maschinen, Transport- und Telekommunikationsgüter, optische Geräte, Papierpulle, Papier, Düngemittel, Stahl und Schiffe.

Empfindlichkeiten traten auch bei dem ansonsten harmonisch verlaufenen Besuch Lis zutage. Als nämlich bekannt wurde, daß ein lokaler Regierungsvertreter in Kiruna (Nordschweden) sich mit der Absicht trage, die chinesische Politik zu kritisieren, sagte Li seine Reise dorthin ab. (SCMP, 26.6.95)

Die chinesische Außenpolitik läßt sich von Gewichtungüberlegungen leiten: Während sich z.Zt. die Beziehungen zu den USA rapide verschlechtern, müssen gegenüber anderen Ländern des Westens dafür - gleichsam im Ausgleich - bessere Beziehungen angeknüpft werden. Daher auch die freundlichen Gesten gegenüber den nordeuropäischen Ländern - und nicht zuletzt gegenüber der Bundesrepublik Deutschland! -we-

Innenpolitik

*(7)

Demokratisierungsstrategien der chinesischen Exilopposition: Distanzierung von "idealistischen" Programmen

Während seines Europabesuches im Juni hat Wang Juntao, einer der führenden Repräsentanten der chinesischen Exilopposition, sich auf einer Diskussionsveranstaltung an der Universität Hamburg ausführlich zu den Chancen und Strategien einer Demokratisierung in China geäußert. Die Veranstaltung war vom Universitätsseminar für Sprache und Kultur Chinas sowie vom Institut für Asienkunde gemeinsam organisiert worden.

Wang Juntao gehört zu den Veteranen unter den chinesischen Dissidenten. Er war seit 1976 ("Bewegung vom 5.April") in mehreren Protestbewegungen aktiv, hatte 1978-81 jedoch auch Kontakt zu reformorientierten Mitgliedern des KP-Establishments (unter anderem Hu Yaobang) gepflegt. Wang hatte 1989 während der Beijinger Protestbewegung wesentlichen Anteil an der Organisation von Demonstrationen und Hungerstreiks der Studenten. Aus diesem Grunde wurde er 1991 als "Schwarze Hand" (*heishou*) und als "Rädelsführer" der Protestbewegung zu 13 Jahren Haft verurteilt. In der Haft erkrankte Wang schwer und wurde schließlich 1994 in die Vereinigten Staaten abgeschoben, nachdem sich mehrere westliche Politiker, darunter auch Außenminister Kinkel, in Beijing persönlich für seine Freilassung eingesetzt hatten.

Schon bald nach seiner Ankunft in den USA gründete Wang Juntao in Washington das "China Strategic Institute" (*Zhongguo zhanlüe yanjiusuo*), das Strategien der demokratischen Erneuerung für China entwickeln soll.

Einige grundsätzliche Aussagen Wangs während der Hamburger Veranstaltung seien im folgenden wiedergegeben.

* *Weniger Wunschenken, mehr Realismus*

Die demokratische Opposition innerhalb und außerhalb Chinas dürfe nicht die Augen vor der Tatsache verschließen, daß in der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung zur Zeit kein starkes Interesse an Demokratie und Menschenrechten bestehe. Die Menschen seien meist damit beschäftigt, die Folgen der rasanten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen zu verarbeiten und die dabei entstehenden Chancen zu nutzen. Der Wunsch, stärker in der Politik mitzuwirken, sei nur bei sehr wenigen vorhanden.

* *Praktische Demokratie statt programmatischer Debatten*

Unter diesen Bedingungen würden Forderungen nach demokratischen Reformen nur dann breite Unterstützung in der chinesischen Bevölkerung finden, wenn sie einen Beitrag zur Lösung konkreter sozialer Probleme leisteten. Die Verkündung abstrakter politischer Maximalprogramme sei deshalb keine erfolgversprechende Strategie, um für die Demokratie in China zu werben.

Die chinesische Demokratiebewegung werde sich in Zukunft viel stärker an den handfesten Problemen der Menschen in China orientieren müssen. Man müsse deutlich machen, daß etwa die Kontrolle von Korruption und staatlicher Willkür mit demokratischen Methoden viel wirkungsvoller als mit autoritären Methoden zu gewährleisten sei.

* *Volkskongresse und Rechtssystem als Einbruchstellen für die Demokratiebewegung*

Im System der chinesischen Volkskongresse hätten sich in den letzten Jahren bemerkenswerte Verschiebungen ergeben; die Delegierten besonders in lokalen und regionalen Volkskongressen demonstrierten ein größeres Selbstbewußtsein gegenüber den jeweiligen Regierungen.

Vor diesem Hintergrund plane die innerchinesische demokratische Opposition, zu den Volkskongreßwahlen auf Gemeinde- und Kreisebene (nur auf diesen Ebenen werden die Delegierten durch die Bevölkerung direkt gewählt) im Jahre 1997 unabhängige Kandidaten in mehr als einhundert Orten aufzustellen. Diese Kandidaten würden sich für die Lösung konkreter politischer und sozialer Probleme vor Ort einsetzen und mit praktischen Vorschlägen für ihre Wahl werben.

Ansatzpunkte für die Demokratisierung böten sich auch mit der Entwicklung des Rechtssystems und der wachsenden Zahl juristisch ausgebildeter Fachkräfte in den politischen Zentren Chinas. Diese neuen Kräfte, die politischen Interventionen in Rechtsprechung und Gesetzesvollzug kritisch gegenüberstünden, gelte es gezielt zu unterstützen.

* *Wettbewerb zwischen Interessengruppen und Herausbildung einer "Demokratie im Graubereich"*

Eine demokratische Ordnung lasse sich nicht einfach durch Verabschiedung einer neuen Verfassung installieren; das machten die Transformationsprobleme in der ehemaligen Sowjetunion deutlich. Auch in China werde die Entstehung eines offenen politischen Wettbewerbs eine längere Übergangsperiode benötigen.

Wahrscheinlich sei jedoch, daß mittelfristig verschiedene Interessengruppen in Staat und Gesellschaft über eine Phase der Rivalität zu "Regeln" des politischen Konflikts und